

Die Folgen des 30jährigen Krieges in Franken

VON

RUDOLF ENDRES (Erlangen)

Alle Historiographie, alles geschichtliche Forschen und Denken sind letztlich der Versuch des Menschen, sich auf den Weg zu besinnen, den er als ein geschichtliches Wesen zurückgelegt hat und zwar in ständiger Auseinandersetzung mit seiner Umwelt. Daß dieser lange Weg zu unserem geschichtlich begründeten Standort nicht ohne Rückschläge vor sich ging, braucht nicht weiter dargelegt und ausgeführt zu werden. Eine der größten Katastrophen im Laufe der deutschen Geschichte war sicher der 30jährige Krieg, dessen Auswirkungen und Folgen auf die Menschen und auf die Kulturlandschaft jedoch sehr kontrovers beurteilt wurden und noch immer werden. Während etwa Gustav Freytag und andere Kulturhistoriker der Meinung waren, daß der 30jährige Krieg die Wirtschaft und Kultur in Deutschland völlig vernichtet und das Land mindestens ein Jahrhundert in der Entwicklung gegenüber den westeuropäischen Ländern zurückgeworfen habe, wandte sich Erdmannsdorfer gegen das "Schauermärchen von der alles vernichtenden Wirkung des Großen Krieges". Andere Historiker hoben hervor, daß der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands bereits vor 1618 eingesetzt habe und daß der 30jährige Krieg nur den Endpunkt einer langen wirtschaftlichen Verfallsperiode darstellte. Sie sprachen sich energisch gegen die "Katastrophenauffassung" aus und verurteilten scharf die sog. "Vernichtungshypothese". Von dieser Kontroverse aber wurde vor allem die Landesgeschichte provoziert, die nun in einer ganzen Reihe von regionalen Untersuchungen oder auch nur lokalen Fallstudien den demographischen und wirtschaftlichen Folgen des Großen Krieges nachging, was sich meist in exakten Schadensstatistiken niederschlug. Aus der Vielzahl von Einzelarbeiten versuchte schließlich Günther Franz ein Gesamtbild zu erstellen, doch betonte er dabei, daß Generalisierungen unmöglich sind, daß regional, ja sogar lokal differenziert werden muß.

In der fränkischen landesgeschichtlichen Forschung ging Ingomar Bog der Frage nach, wie die Menschen mit dem Krieg fertig wurden, und an dem konkreten Beispiel des ansbachischen Klosteramtes Heilsbronn konnte er überzeugend aufweisen, wie im Verlauf des Krieges eine enge Verbindung von Staat und Wirtschaft entstand, was die nachfolgenden eineinhalb Jahrhunderte prägen sollte, in denen die Territorialfürsten die "Geschichte" bestimmten.

Wenig Beachtung fand aber bisher in der Forschung die Wiederaufbauarbeit in Franken nach dem verheerenden Krieg, also konkret die Frage, vor welchen Schwierigkeiten die Menschen und Obrigkeiten standen und wie sie damit fertig wurden. Es fehlen für Franken lokale oder kleinräumige Untersuchungen, die

klären, wie durch den Krieg und die Wiederaufbauarbeit das soziale Gefüge, aber auch das Landschaftsbild verändert wurden. Allein von dem Würzburger Geographen Helmut Jäger liegt ein knapper historisch-geographischer Beitrag vor, und ich habe mich an etwas entlegener Stelle mit diesem Thema auseinandergesetzt. Daran anschließend und darauf aufbauend will ich versuchen, einige demographische und sozio-ökonomische Folgen des Krieges in Franken aufzuzeigen, wobei selbstverständlich sowohl thematisch wie auch räumlich keine umfassende Darstellung geboten werden kann. Flächendeckende Aussagen sind selbst für den begrenzten regionalen Untersuchungsraum Franken nicht möglich.

Als Quellen habe ich in der Hauptsache bislang kaum benutzte Steuerstatistiken und Steuerrenovationen ausgewertet, die nach dem Krieg zur Schadensbestandsaufnahme in praktisch allen Territorien angelegt wurden, insbesondere in den Hochstiften Bamberg und Würzburg; ferner habe ich Kirchenbücher und anderes Archivmaterial speziell für das Landgebiet der Reichsstadt Rothenburg und für das Obermaingebiet verwendet sowie für die Grafschaft Öttingen und - über meinen engeren Untersuchungsraum hinausgreifend - auch für die Oberpfalz.

Zunächst einige wenige Sätze zum äußeren Ablauf des Großen Krieges: Franken wurde unmittelbar vom Kriegsgeschehen erst im Jahre 1631 erfaßt. In den Jahren zuvor war es nur Durchzugsgebiet und Musterungsplatz gewesen. "Alle Stätt und Schösser in Francken waren mit Korn, Wein und anderer Nothturfft wohl versehen, also daß die Soldaten allenthalben den Überfluß fanden", heißt es in einem schwedischen Kriegsbericht. Doch bald war es mit dem Überfluß vorbei. In den nächsten Jahren, genau von 1631-1634, erreichten die Verheerungen ihren Höhepunkt, und sie wurden zudem von der Pest begleitet.

Nach dem Frieden von Prag, 1635, war Franken zwar nicht mehr unmittelbarer Kriegsschauplatz, aber es war weiterhin aussaugenden Besetzungen und Kontributionen, Durchzügen und Einquartierungen hilflos ausgesetzt. Selbst nach dem Westfälischen Frieden mußte der ausgeblutete Fränkische Reichskreis nochmals 600.000 Reichsthaler als sog. "Schwedische Satisfaktionsgelder" aufbringen, die in den folgenden drei Jahren auch rigoros eingetrieben wurden. Erst dann konnte man mit der Beseitigung der Schäden und dem Wiederaufbau beginnen.

Die Bestandsaufnahmen, die von den einzelnen Landesherrschaften nun vorgenommen wurden, ergaben ein düsteres Bild der kriegsbedingten Bevölkerungsverluste und der materiellen Schäden. Nach der Zusammenstellung bei Günther Franz betrug in Franken der Bevölkerungsverlust durchschnittlich 40-50 %, womit Franken etwa der Norm weiter Teile Mitteleuropas entsprach. Verursacht wurden die hohen Verluste durch Truppenwerbungen, Flucht und unmittelbare Kriegseinwirkungen, vor allem aber durch Hunger, Seuchen und Epidemien. In Nürnberg, hinter dessen schützende Mauern viele Bauern geflüchtet waren, sollen allein durch die Pest im Jahre 1634 rund 20.000 Menschen weggerafft worden sein.

In 150 Ortschaften des Hochstifts Bamberg - für sie besitzen wir durch die Arbeit von Morlinghaus exakte Zahlen - ging die Anzahl der Haushaltungen von 1636 bis 1653 um rund 45 % zurück. Dabei waren die Städte und Märkte am stärksten betroffen; sie verloren weit mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung, während die Dörfer in den sog. Gebirgsämtern im Frankenwald Verluste von "nur" rund 30 % verzeichneten; manche ganz abseits gelegenen Dörfer konnten sogar unverändert ihren Bestand halten.

Im Nürnberger Landgebiet war es genau umgekehrt: hier mußten die Landstädte Lauf, Hersbruck und Altdorf nicht einmal 25 % Bevölkerungsverluste hinnehmen - sie konnten sich nämlich stets freikaufen -, während die Dörfer vielfach menschenleer waren. Im Mainfränkischen Gäuland mit den besonders heimgesuchten Ämtern Arnstein, Stadtlauringen und Mainberg oder auch im Amt Ebern lagen am Ende des Krieges nachweislich in vielen Dörfern 80 % der Höfe wüst, was nicht heißt, daß auch hier vier Fünftel der Bauern umgekommen waren.

Genaueres Zahlenmaterial kann auch für die sog. Landwehr der Reichsstadt Rothenburg vorgelegt werden. Hier sank die Zahl der Einwohner auf dem Lande von exakt 7.615 im Jahre 1618 auf 2.335 im Jahre 1648. Das ergibt einen Verlust von 70 %. Bog hat diese Größenordnung in etwa auch für das Amt Heilsbronn festgestellt. Dabei lagen in der Rothenburger Landwehr die Verluste in den Dörfern an der Straße nach Würzburg oder nach Nördlingen vielfach bei über 90 %, während die Orte in der Nähe der Stadt nur 40-50 % der Einwohner verloren, denn die meisten Bauern hatten rechtzeitig Schutz hinter den Mauern der Reichsstadt gesucht. Mit den nachweislichen Verlusten von rund 70 % der Einwohner gehört das Landgebiet von Rothenburg mit zu den Hauptzerstörungsgebieten des Krieges in Franken.

Wie vollzog sich nun, so müssen wir fragen, die Wiederbesiedlung der leeren Gebiete, der leeren Kleinstädte, Märkte und Dörfer? Im ansbachischen Klosteramt Heilsbronn waren im Jahre 1652 bereits 50 % der Höfe, 60 % der Halbhöfe und mehr als zwei Drittel der Gütlein wieder besetzt. In dem bambergischen Amt Waischenfeld dagegen waren von den ursprünglich 114 Anwesen im Jahre 1653 erst 52 wieder besetzt und im Jahre 1672 nur wieder 53, also noch nicht einmal die Hälfte der Anwesen.

Diese beiden als Beispiele herausgegriffenen ansbachischen und bambergischen Ämter weisen auf ein wichtiges Phänomen hin: in Franken muß bei der Wiederaufbauarbeit nach dem 30jährigen Krieg deutlich und grundsätzlich zwischen den protestantischen und den katholischen Territorien unterschieden werden. Denn in den katholischen Gebieten konnten aus konfessionellen Gründen nur wenige Flüchtlinge aufgenommen werden, also etwa Katholiken, die heimatlos waren oder als Soldaten abgemustert haben. In den katholischen Ortschaften mußte sich die Bevölkerung also weitgehend aus eigener Kraft regenerieren, was zwei bis drei Generationen dauerte. In den protestantischen Territorien dagegen, vor allem im Fürstentum Ansbach, wurden gut 50.000 österreichische Exulanten aufgenommen,

mit deren Zuwanderung die Bevölkerungsverluste sehr rasch und fast vollständig ausgeglichen werden konnten.

Aufgrund des unterschiedlichen Bevölkerungs- und Arbeitskräftepotentials gestaltete sich aber auch die Wiederaufbauarbeit verschieden, was für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in Franken von langfristiger und nachhaltiger Bedeutung war. Wenn sich einige katholische Reichsritter und auch der Deutsche Orden bei ihrer Wiederbesiedlungspolitik nicht weiter um die Konfession ihrer Siedler kümmerten, so bildeten sie nur die Ausnahme von der Regel.

Die Auswertung der Kirchenbücher der katholischen Pfarreien Ützing und Lichtenfels am Obermain und eine genaue Analyse der demographischen Entwicklung zeigen weiterhin die zunächst überraschende Tatsache, daß die Bevölkerung in der Kleinstadt Lichtenfels sich entschieden schneller erholte als die Bevölkerung in der Landpfarrei. In der benachbarten Landpfarrei dauerte es drei bis vier Jahrzehnte, bis wieder ein Geburtenanstieg zu verzeichnen war. Dies ist nur dadurch zu erklären, daß nach dem Krieg vor allem die Jugend vom Lande in die Stadt zog, wo man leichter und bequemer eine eigene Existenz aufbauen konnte als auf dem Lande. Erst als die Städte im Obermaingebiet wieder gefüllt waren und der Zuzug vom Lande sogar von den Städten verhindert wurde, setzte auch in den Dörfern ein Geburtenanstieg ein, mit einem deutlichen Höhepunkt in den Jahren 1680-1710. Der seit etwa 1730 feststellbare Bevölkerungsüberhang ermöglichte dann der fränkischen Reichsritterschaft sogar ihre unkontrollierte "Peuplierungspolitik". Denn die Reichsritter füllten ihre Dörfer nicht mit Zigeunern und landfremden Bettlern, wie man lange meinte, auf, sondern mit dem mittellosen Bevölkerungsüberschuß aus der Umgebung, wie Eugen Wirth und Hartmut Heller nachgewiesen haben.

Entschieden rascher als im Hochstift Bamberg erfolgte nach dem Großen Krieg der Ausgleich der Bevölkerungsverluste oder die Population der entleerten Städte und Dörfer in den protestantischen Territorien. Denn die wüsten Stellen wurden von der Obrigkeit eingezogen und billig an Exulanten vergeben oder verkauft, die in der Regel auch über die nötigen Gelder verfügten. Denn die Exulanten, die meist "aus dem Ländle ob der Enns", also aus Oberösterreich, in mehreren Wellen in Franken ankamen, hatten in der Regel zu Hause ihre Höfe und Besitzungen verkaufen können, wenn auch, wegen des Überangebots, unter Wert. Aber immerhin kamen sie nicht völlig mittellos an, und viele brachten sogar Gerätschaften und Vieh mit.

In dem ansbachischen Oberamt Stauf-Landeck beispielsweise wurden 1653 in einem Steuerverzeichnis 395 Untertanen namentlich erfaßt; davon waren 218 Einheimische und 177 oberösterreichischer Herkunft. Im Jahre 1670 waren von den 386 Untertanen des gleichen Amtes genau 195 Exulanten, also sogar etwas mehr als die Hälfte aller Untertanen. Auch in der Rothenburger Landwehr waren schon 1663 fast alle Gemeinderechte wieder besetzt, wobei der Anteil der Exulanten in vielen Pfarreien weit über 50 % lag, was in vielen protestantischen Dörfern in Franken

anzutreffen war. Gelegentlich finden sich sogar reine Exulantenorte, wie etwa die Dörfer Borsbach, Kettenhöfsetten und Rosenbach im Zenngrund. Dabei muß allerdings bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Integration der Emigranten differenziert werden, vor allem wenn man die Geschichte der Exulantenfamilien über einige Generationen hinweg verfolgt. Die wirtschaftliche Eingliederung der "fremden Glaubens-Verwandten", wie sie bezeichnet wurden, vollzog sich praktisch sogleich mit der Einwanderung und der Übernahme eines Hofes oder Gutes. Die gesellschaftliche Gleichstellung dauerte etwas länger, wie das Konnubium und die Übernahme von Gemeindeämtern zeigen. Allerdings finden wir in dem Amt Stauff-Landeck bereits im Jahre 1650 unter den Schöffen der dörflichen Ehehaftgerichte die ersten Exulanten, wenn auch prozentual noch weit unterrepräsentiert. Dies änderte sich erst gegen 1700, als die Abkömmlinge von Exulanten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auch etwa die Hälfte der Schöffen stellten.

Bemerkenswerterweise ist nirgends von nennenswerten Schwierigkeiten bei der Integration, ja Assimilation der Exulanten die Rede, was wohl nur dadurch zu erklären ist, daß die Emigranten bereit waren, in der konfessionsgleichen Umgebung ihre kulturelle Eigenheit weitgehend aufzugeben und sich an die neue Heimat anzupassen. Hinzu kommt noch, daß es, anders als bei den Hugenotten, mit den österreichischen Exulanten auch keine sprachlichen Probleme gab, was die Integration außerordentlich erleichterte. Die in der NS-Zeit gerne verbreitete volkskundliche These von der jahrhundertelangen Beibehaltung des kulturellen Eigenlebens, der Tracht und des Brauchtums der Exulanten in Franken ist so nicht haltbar. Bis hinein in die Hofformen etwa vollzog sich der Wiederaufbau nach 1648 nach fränkischem Brauch, selbst wenn die Zimmerleute aus Österreich stammten.

Anders als im Ansbachischen verlief die Eingliederung der Exulanten offensichtlich in der Grafschaft Öttingen, wo ebenfalls rund 2.500 Emigranten aufgenommen wurden, die etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der Grafschaft ausmachten. In dem Dorf Schopflohe waren nach 1648 von 33 Haushaltungen 13 von Exulanten besetzt. Davon gelang aber nur zwei Familien ein erfolgreicher Aufstieg zu eigenem Vieh und Feld, wobei beide Familien noch im Nebenerwerb als Weber tätig waren. Alle anderen Exulanten-Familien finden sich in der nächsten oder spätestens in der übernächsten Generation auf Sölden oder gar nur Halbsölden und schließlich sogar in Tropfhäuschen ohne eigenen Grundbesitz wieder. Sie waren jetzt nur Schäfer und Dorf-Hirten und zählten zur dörflichen Unterschicht. Noch aufschlußreicher ist vielleicht das Beispiel des öttingischen Dorfes Dornstadt, das völlig wüst gelegen hatte. Erst 1655 wurden ein Hauslehen und 6 Sölden wieder besetzt, die Sölden alle mit Exulanten. Die größeren Höfe, die Lehengüter oder das Pfarrlehen, wurden jedoch nicht an Exulanten gegeben, sondern blieben Einheimischen vorbehalten. Drei von vier Söldenbesitzern mußten in der nächsten Generation bereits die Sölde mit einem neu errichteten Bloßhäuslein ohne Grundbesitz vertauschen, das zudem ohne Gemeinderecht war. Die Sölde ging wieder an einen Einheimischen über. Entscheidend für den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg

der Exulanten in den öttingischen Dörfern scheint die Tatsache gewesen zu sein, daß sie nicht an der Allmende partizipieren durften, daß sie aus der Gemeinde ausgeschlossen blieben, während im Ansbachischen offensichtlich die Aufnahme in die Gemeinde glatt vor sich ging, wenn auch vielleicht unter dem Druck der Obrigkeit.

Überhaupt muß die von Günther Franz aufgestellte These von dem kriegsbedingten sozialen Umschichtungsprozeß auf dem Lande mit den angeblich "leichten Aufstiegsmöglichkeiten für arbeitswillige Angehörige der Unterschicht" kritisch hinterfragt und für Franken weitgehend abgelehnt werden. Zwar war es für einzelne kleine Bauern oder gar Beständer relativ einfach, ein verödetes Gütlein billig zu erwerben und aufzubauen, zur Wiederinstandsetzung größerer Höfe aber waren beachtliche Investitionen nötig, und diese konnten bei dem vorherrschenden Kapitalmangel nur von jemandem erbracht werden, der schon vor dem Krieg oder aus dem Krieg über Kapital und Rücklagen verfügte. So vermerkte der Augenzeuge und Rothenburger Chronist Dehner, daß die größeren Bauern in der Landwehr nichts Eiligeres zu tun hatten, als die besten der verlassenen Felder zu erwerben, und "wo gute Feldlein noch vorhanden waren, konnte kein Armer einkommen". Vor allem hatten auch in der Rothenburger Landwehr die Tagelöhner und Häusler, die nach dem Krieg ein kleines Gütlein oder Feldstück erwerben konnten, meist keine Möglichkeit, damit zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung in der Gemeinde zu gelangen. Denn während die meisten Köbler oder Söldner vor dem Krieg ein Gemeinderecht besaßen, so weigerte sich jetzt nach dem Krieg die Dorfgemeinde, also die Bauern und Söldenbesitzer, die neuerdings zu einigem Besitz gelangten ehemaligen Hausgenossen zur Gemeindeversammlung zuzulassen und ihnen die Haltung von Vieh auf den Gemeindefluren zu gestatten. Die Dorfgenosenschaft der Allmendeberechtigten schloß sich nach dem Krieg vollständig gegen Aufsteiger und Neusiedler ab. Obwohl die Stadregierung aus verschiedenen Gründen ein Interesse an der Aufnahme möglichst vieler Dorfgenosen hatte und auch Druck auf die Gemeinde ausübte, gelang es doch den Bauern im Zusammenspiel mit den Köblern, die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche der neuen unterbäuerischen oder kleinbäuerischen Schicht abzuwehren.

Die Wiederherstellung deutlicher wirtschaftlicher und sozialer Differenzierungen im Dorf bald nach dem Krieg wird auch durch die Entwicklung am Obermain und in Unterfranken bestätigt, war also keineswegs auf die Rothenburger Landwehr beschränkt. In der Pfarrei Ützing zeigen die Steuerregister von 1653, 1674 und 1731 folgende soziale Veränderungen auf: unmittelbar nach dem Krieg gab es nur wenige Kleinstellenbesitzer und die meisten Anwesen hatten einen Steuerschätzwert von 200 bis 500 fl; wer über 500 fl veranschlagt wurde, hatte meist mehrere Höfe in seinem Besitz; Beständer, also Mieter, oder Bloßhäusler gab es überhaupt nicht.

Bis 1674 waren bemerkenswerte Veränderungen eingetreten: die Zahl derer, die zu den unteren Steuerklassen zählten, war durch Besitzteilungen angewachsen; der Besitz mehrerer Anwesen in einer Hand war verschwunden, aber dafür hatte sich

die Gruppe der reichen Steuerzahler mit 500 bis 1000 fl vergrößert - Müller, Wagner und Gastwirte sind hier hauptsächlich zu finden - und vor allem aber wurden jetzt auch Beständner erfaßt, die über keinen Grund und Boden verfügten und auch kein Gemeinderecht besaßen. Bis 1731 stieg die Zahl der kleinen Besitzungen und der Beständner noch weiter an und umfaßte schließlich mehr als die Hälfte der Dorfbevölkerung.

Als Grundlinien der sozialen Entwicklung in den Dörfern am Obermain nach dem Großen Krieg lassen sich also nennen: die ersten Jahre nach dem Großen Krieg gab es keine Beständner und zwischen Klein- und Mittelbetrieben bestand ein zahlenmäßiges Gleichgewicht. Bis 1731 aber trat eine deutliche soziale Differenzierung der Dorfbevölkerung ein: Kleinbauern, mittlere Betriebe und wenige große Höfe sind deutlich voneinander abgesetzt; vor allem aber war nun eine zahlenstarke besitzlose Unterschicht entstanden. Die wirtschaftliche und soziale Nivellierung, die der Krieg kurzzeitig mit sich gebracht hatte, war nach zwei bis drei Generationen aufgehoben, die alte Sozialordnung der Vorkriegszeit war wieder hergestellt, wobei jedoch die ländliche Unterschicht deutlich im Anwachsen war.

Ein ähnliches Bild zeigt eine Untersuchung der Sozial- und Besitzstruktur in dem Weinbauamt Dettelbach am Main. Auch hier brachte der Krieg keine Veränderung an der ungleichen Besitzstruktur, ganz im Gegenteil: die reichen Vollerwerbsbauern waren nach dem Krieg noch reicher geworden und die Zahl der armen Neben- und Zuerwerbsbauern hatte zugenommen.

Noch stärker als auf dem flachen Lande wurde die Sozialstruktur durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse in den kleinen Ackerbürgerstädten oder Marktflecken verändert. So gab es z.B. in Lichtenfels unmittelbar nach dem Krieg eine relativ breite und gleichmäßige Besitzstreuung: 64 Haushaltungen hatten weniger als 200 fl Vermögen, 93 etwas mehr - nur ein Metzger besaß sogar 8.000 fl, er war offensichtlich als Viehhändler einer der Kriegsgewinnler. Im Jahre 1674 hatten sich die kleinen Besitzeinheiten schon deutlich vermehrt und bald stellten sie die überwiegende Mehrheit der Kleinstadt. Im gleichen Zeitraum verschwanden die größeren Vermögen. Auch das städtische Gesamtvermögen war deutlich gesunken, d.h. der wirtschaftliche Niedergang der Kleinstadt war unverkennbar.

Mitverantwortlich für den Niedergang der Städte und Märkte am Obermain war, daß es nach dem Krieg nicht gelungen war, die alten Marktfunktionen wieder aufzubauen. Die Viehwirtschaft war vernichtet und die Märkte waren abgewandert. Auch das zerstörte Gewerbe konnte nicht wieder aufgebaut werden, und die Handwerker produzierten nur noch für den lokalen Bedarf.

Anders dagegen in der markgräflichen Kleinstadt Prichtenstein am Steigerwaldrand. Auch hier war durch den Krieg ein blühendes Gewerbe - hauptsächlich Schuhmacherei und Lederverarbeitung auf Verlagsbasis für den Export - zusammengebrochen und die wenigen Verbliebenen am Ort mußten vorerst ihren Lebens-

unterhalt in der Landwirtschaft suchen. Die Exportgewerbestadt war im Krieg zur Ackerbürgerstadt geworden. Doch nach 1648 suchte die markgräfliche Regierung mit weitblickender Politik die Wirtschaft wieder zu beleben, was auch gelang. Vor allem wurde der Zuzug von Neubürgern systematisch gefördert. So wurden der Stadtgemeinde alle Steuerschulden erlassen, um Einzugswillige nicht zurückzuhalten, und 1674 wurde sogar erneut ein Steuernachlaß gewährt, um die wirtschaftliche Wiedergesundung zu fördern. Allerdings wurde nach dem Krieg nicht mehr für den Fernhandel produziert, da die Verleger fehlten, sondern für den Nahmarkt, was durch die landesherrliche Vermehrung der Jahrmärkte in Prichtsenstadt nachhaltig gefördert wurde.

Im Hochstift Bamberg fehlte diese merkantilistische Förderung von Handel, Handwerk und Gewerbe, wie sie in den protestantischen Territorien zumindest in Ansätzen betrieben wurde. Eine Berufsstatistik aller Ämter des Fürstentums Bamberg zwischen 1653 und 1732 zeigt, daß die Zahl der Handwerker praktisch gleich geblieben ist, bzw. nur unwesentlich zugenommen hat. Das Handwerk im Hochstift diente nur zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, nicht dem Luxus oder gar dem Export, wie etwa die ausgesprochenen Exportgewerbe der Hugenotten in Schwabach und Erlangen, die bald zu den Hauptsteuerzahlern in den Markgraftümern werden sollten. Allein der Handel der Juden nahm im Hochstift Bamberg deutlich zu, die sogar bald nach dem Krieg den Landwarenhandel weitgehend an sich ziehen konnten.

Zu den wichtigsten und wesentlichsten unmittelbaren Kriegsfolgen gehörten - neben den demographischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen - die Auswirkungen auf die Kulturlandschaft und auf das Landschaftsbild.

Die Landwirtschaft war selbst in den schlimmsten Kriegsjahren nie völlig zusammengebrochen, wenn auch meist nur ein kleiner Teil - vielfach wechselnd - der Flur bearbeitet wurde und die anderen Teile sich selbst überlassen blieben. Nach dem Krieg mußten die Fluren neu organisiert und die alten Besitzverhältnisse wieder hergestellt werden. Herrenlos gebliebenes Land wurde von den Grundbesitzern neu vergeben, sei es an Einheimische oder an Exulanten. Allerdings bedurfte es dabei - wie sich für das Rothenburger Landgebiet exakt belegen läßt - oftmals der konkreten Einflußnahme von Seiten der Obrigkeit. Denn sehr viele Grundherren, und meist waren es kirchliche Stiftungen, versuchten, öde und verlassene Güter oder Felder an sich zu ziehen und größere Gutsbetriebe aufzubauen, was ohne Zweifel die Agrarstruktur entscheidend verändert hätte. Doch die reichsstädtische Obrigkeit zwang die Stiftungen, die Güter und Felder wieder an Bauern abzugeben, denn der Stadtstaat war - ganz im Sinne des Merkantilismus - an einer zahlreichen, lebensfähigen Bauernschaft als Steuerzahler interessiert.

Wenn es also in Franken - im Gegensatz zu Ostelbien, wo nach dem Großen Krieg massiv "Bauernlegen" praktiziert wurde -, zu keinen größeren Veränderungen in der Agrarlandschaft und Agrarstruktur kam, so gab es doch grundlegende und

langfristige Veränderungen in der Kulturlandschaft. Besonders betroffen war dabei in Franken der Weinbau, der in weiten Bereichen Mainfrankens die wirtschaftsherrschende Bodenkultur vor dem Großen Krieg gewesen war, wenn auch bereits seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert gewisse Einbußen hingenommen werden mußten. Das Biertrinken setzte sich nämlich zunehmend durch. Doch umfaßte die Sonderkultur des Weinbaus beispielsweise vor dem Krieg in der Gemarkung der Gemeinde Iphofen noch 35 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Einen tiefen Einschnitt brachte dann der Krieg, der weithin die Weingärten verwüstete und die Menschen zwang, sich dem Getreidebau zur elementaren Nahrungsmittelgewinnung zuzuwenden. Weingärten wurden in Ackerland umgewandelt. Auch waren im Krieg das Handelsnetz und der Weinexport zusammengebrochen. Nachweislich stand am Steigerwaldrand nach dem Krieg nur noch ein Viertel der Rebfläche im Ertrag, und in Egersheim und Ickelheim wurden gar nur noch 14 % der Weinberge bearbeitet. Ähnliche Verluste mußten auch die anderen fränkischen Weinbaugebiete hinnehmen. Der Wiederaufbau der öden Rebflächen ging sehr langsam vor sich, denn es fehlten die Arbeitskräfte. Erst gegen Ende des Jahrhunderts waren viele ursprüngliche Rebareale wieder hergestellt. Dabei wurden aber nur die steileren Hangpartien am Süd- und Westabfall etwa des Schwanberges mit Reben besetzt. Die tiefer gelegenen Fluren dagegen, die vor dem Krieg noch Rebareale gewesen waren, wurden im Krieg oder nach dem Krieg in Ackerflächen umgewandelt und der Feldbau wurde seitdem beibehalten.

Noch eindeutiger ist der Rückgang des Weinbaus in der Gemarkung des Amtes Dettelbach zu belegen, wo ebenfalls die arbeitsintensive Sonderkultur des Weinbaus unter den kriegsbedingten Auswirkungen schwer zu leiden hatte. So mußte der Weinbau bis zum Ende des Krieges einen Rückgang um fast zwei Drittel der Vorkriegsfläche hinnehmen. Zwar hatte bis zum Jahr 1686 die Weinbaufläche gegenüber 1638 wieder zugenommen, doch gegenüber dem Flächenumfang der Vorkriegszeit blieb der Weinbau um gut 40 % zurück. Er nahm jetzt nur noch 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Die Verluste im Rebareal aber kamen ausschließlich dem Ackerbau zugute. Damit kann festgehalten werden: bis zum Jahre 1686 waren im Amte Dettelbach die kriegsbedingten Verluste in der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwar wieder aufgeholt, doch hatte die Wiederaufbauarbeit die Anbauformen und damit auch die Kulturlandschaft entscheidend verändert. Der Weinbau war um rund die Hälfte seiner ursprünglichen Ausdehnungsfläche zurückgegangen, wobei insbesondere die für den Weinbau ungünstigen Lagen aufgegeben wurden, die sog. "Winterleiten", aber auch die flachen Regionen, die nun ausschließlich dem Ackerbau überlassen wurden und blieben. Der Weinbau zog sich auf die Hangregionen zurück, sei es am Schwanberg, im Taubertal, im Tal der fränkischen Saale oder am Staffelberg, während die flachen Regionen dem Ackerbau zufielen. Denn der Anstieg der Getreidepreise in Franken seit den 60er Jahren machte den Getreideanbau für die Bauern rentabel und attraktiv. In den bisherigen Weindörfern aber änderte sich die Struktur: aus den Häckern wurden Bauern, die Weinbau nur noch nebenbei betrieben.

Manches Rebareal, etwa in der Rhön oder im Itz-Baunach-Hügelland, wurde auch dem Wald überlassen. Somit kam es auch in der Ausdehnung der Waldflächen zu erkennbaren kriegsbedingten Veränderungen. Der Große Krieg hatte nämlich die seit dem Spätmittelalter in Franken andauernde erfolgreiche Waldwirtschaft auf territorialer Ebene unterbrochen, und es dauerte weit bis ins 18. Jahrhundert hinein, bis dieser Rückschlag überwunden werden konnte. Vor allem durch den Samenflug der Kiefer als Pionierholz waren viele ehemalige Äcker oder Weinberge als partielle Flurwüstungen wild aufgeforstet worden. Helmut Jäger hat die Kiefernbestände im fränkischen Laubholzgebiet sogar in direkten kausalen Zusammenhang mit den dortigen Orts- und Flurwüstungen des 30jährigen Krieges bringen können, etwa im Gramschatzer Wald oder im Guttenberger Wald bei Würzburg. Aber nicht nur die mutwilligen Zerstörungen des Waldes durch die Soldateska hinterließen nachhaltige Spuren, auch das unkontrollierte Schlagen bei der Wiederaufbauarbeit richtete schwere Schäden an, so daß bald strenge Waldordnungen erlassen werden mußten.

Noch größere Schäden und langfristige Veränderungen als der Weinbau oder die Waldwirtschaft mußte in Franken die Teichwirtschaft hinnehmen. Viele Dämme waren im Krieg von den Soldaten einfach zerstört worden, um leichter abfischen zu können. Anschließend verfielen die ausgedehnten Teichanlagen, die den Niederungen und Tälern Frankens weitgehend das typische Aussehen gegeben hatten. Immerhin betrug in manchen Bereichen des Steigerwaldes die Weiherflächen rund ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. So meldete etwa der Truchseß von Pommersfelden, daß seine vielen Teiche im Aischgrund alle eingegangen und mit Schilf verwachsen seien, weil er sie nicht mehr habe zurichten können. Nach dem Krieg fehlte ihm das Geld, um die Weiheranlagen wieder aufzubauen. Damit aber erhielt die Landschaft ein völlig anderes Aussehen: viele Täler versumpften und wurden zu einer Sumpfwiesenlandschaft, was sich dann erst im 19. Jahrhundert wieder änderte.

Eingehend läßt sich der Verfall der Teichwirtschaft des Klosters Heilsbronn belegen. Im Jahre 1630 waren noch 72 Weiher des Klosteramtes bewirtschaftet und über 2.000 Zentner Fische konnten nach Nürnberg verkauft werden. Im Jahre 1638 aber waren von den 72 Weihern nur noch 9 Seiherr besetzt; alle anderen waren abgegraben, ausgefischt und zerstört. In ihnen wuchs nur noch Schilf; sie seien "mit Schlotten überwachsen", stellte der Teichwirt fest, und eine Aufzucht von Setzlingen sei unmöglich.

Noch vor Kriegsende begannen auf Anordnung des Markgrafen die Wiederherstellungsarbeiten, doch scheiterten rasche Erfolge am "Unfleiß und am Personal, das sein Handwerk nit versteht", wie der Fürst resignierend feststellte. Tatsächlich waren nach 20 Jahren erst 28 der 72 Teiche wieder hergestellt, und zwar vorerst nur die kleinen Anlagen, während die großen Weiher noch brach lagen und inzwischen versumpften. Vor allem machte sich beim Wiederaufbau der vorherrschende

Kapitalmangel bemerkbar; denn allein die Wiederherstellung von zwei kleinen Weihern kostete über 200 fl, ganz abgesehen von den vielen Holz- und Erdfuhren. Die Teiche wurden deshalb nur sehr provisorisch ausgebessert, so daß bald erneut Schäden auftraten und die meisten Weiher schließlich versumpften. Und mehr als ein Viertel der vom Krieg zerstörten Anlagen wurden überhaupt nicht mehr aufgebaut, vor allem die großen Teiche. Viele Teiche wurden auch trockengelegt und in Wiesen und Ackerflächen umgewandelt, da die Getreidewirtschaft zunehmend höhere Rendite abwarf. Nur in den katholischen Territorien wurde wegen des Fastengebots die Wiederherstellung der Teiche energischer vorangetrieben, bis dann später die Säkularisation einen tiefen Einbruch in die Teichwirtschaft brachte und das Landschaftsbild nachhaltig veränderte.

Franken war in der frühen Neuzeit ein Adelsland par excellence, und es ist deshalb angebracht und berechtigt, zu fragen, wie sich der Große Krieg auf die wirtschaftliche Lage des Adels ausgewirkt hat. Ein Bild von den schweren wirtschaftlichen und finanziellen Schäden, die der fränkische Ritteradel durch den Krieg hinnehmen mußte, ergibt allein ein Vergleich der Rittertafel des Kantons Steigerwald aus den Jahren 1617 und 1640. Im Krieg konnte nur ein Fünftel des Anschlags erbracht werden, und dabei war dieser Steueransatz lediglich eine Hilfskonstruktion, um überhaupt etwas eintreiben zu können.

Am Ende des Krieges erreichte dann der Kanton seinen absoluten Tiefstand. Bei vielen Gütern verzeichnete der ritterschaftliche Visitor: "Bei diesem Haus hat der Kaiser sein Recht verloren", oder gar "das Gut ist völlig öd, ist auch weder Hund noch Katz da zu finden". Tatsächlich erbrachte die Generalvisitation am Ende des Krieges, daß von den insgesamt 56 Rittergütern im Kanton Steigerwald 24 total zerstört waren. Der Hauptmann des Kantons überlegte bereits, ob es nicht besser sei, den Kanton aufzulösen. Die meisten Ritter mußten selbst mit ein paar Ochsen notdürftig Landwirtschaft betreiben, um überhaupt überleben zu können. Einnahmen von abhängigen Bauern gab es nicht mehr, auch keine Fronen oder andere Dienste.

Die Matrikel von 1665 aber zeigt schon einen erfreulichen Aufschwung: von den 56 Rittergütern konnten die meisten bereits die Rittersteuer bezahlen; nur 12 benötigten noch Moderationen oder Moratorien. Daß der Wiederaufbau nicht immer reibungslos vor sich ging, zeigt das Beispiel des Gutes Weingartsgreuth. Als man mit der Wiederherstellung des Gutes begann und die dazu gehörigen Hofstätten wieder besetzen wollte, liefen die Bauern bald davon, da der adlige Gutsherr sogleich Abgaben und Frondienste von ihnen verlangte, während die Landesherrn Steuernachlaß und Investitionshilfe gewähren konnten. Erst 1711 waren in Weingartsgreuth alle 15 Hofstätten wieder besetzt. Auch im hohenlohischen Amt Schillingsfürst begann die Wiederaufbauarbeit erst in den 70er Jahren, während in den benachbarten ansbachischen Dörfern der Wiederbeginn gleich nach Friedensschluß einsetzte, und zwar mit obrigkeitlicher Unterstützung, wozu offensichtlich die kleineren Herrschaften und Reichsritter nicht fähig waren.

Viele Güter aber konnten nicht von den früheren Besitzern gehalten und aufgebaut werden. Es fand also, durch den Krieg bedingt, eine umfangreiche Besitzverschiebung im fränkischen Gutsbesitz statt. Als neue Besitzer weist die Matrikel von 1665 vor allem geistliche Institutionen aus, etwa das Würzburger Juliusspital oder die Klöster Ebrach und Münsterschwarzach. Die Kirche als Aufkäufer in großem Stil ist ja auch aus Altbayern bekannt. Noch mehr aber waren an den Besitzveränderungen die "Kriegsgewinnler" und das reiche Bürgertum beteiligt, das bald einen hohen Anteil an Rittergutsbesitzern stellte. So tauchen unter den neuen Gutsbesitzern des Kantons Steigerwald auf: ein Obristleutnant Robert Chrichton aus Schottland oder der bambergische Hofrat Köster und der Kammerrat Gelter; selbst ein Obereinnahmsbedienter aus Bamberg konnte sich jetzt ein Rittergut kaufen. Allerdings brachte der Besitz eines immatrikulierten Rittergutes seinem bürgerlichen Besitzer nicht auch den Adelstitel. Dies konnten die alten Ritterfamilien des Kantons durch verschärfte ständische Auflagen und Vorschriften verhindern.

Noch größer und tiefgreifender als in Franken waren die Besitzverschiebungen beim adligen Gutsbesitz in der Oberpfalz. Hier hatte der Krieg besonders gehaust und vor allem den Bergbau und die Eisenindustrie nahezu völlig zerstört; mehr als zwei Drittel der Eisenhämmer waren vernichtet. Durch das Religionsmandat des bayerischen Kurfürsten Maximilian von 1628 wurde auch der protestantische Landsassenadel in seiner wirtschaftlichen Existenz zutiefst getroffen. Maximilian als neuer Landesherr ließ dem oberpfälzischen Adel allein die Alternative, entweder zu konvertieren oder binnen weniger Monate auszuwandern. Nur etwa ein Drittel des Adels trat zum Katholizismus über. Die anderen wanderten aus, meist verarmt, da sie innerhalb der kurzen Frist ihren Besitz nur weit unter Wert verkaufen konnten. Das plötzliche Überangebot an Adelsgütern führte zu einem regelrechten Preissturz. So wechselte beispielsweise das Landsassengut Pertolzhofen, dessen Wert vor dem Krieg auf mehr als 15.000 fl veranschlagt wurde, im Jahre 1630 um nur 1.400 fl an einen neuen Besitzer. Dazu kamen noch zahlreiche Güterkonfiskationen, die Kurbayern bei allen Gutsbesitzern vornahm, die der Schwedenfreundlichkeit bezichtigt wurden. So waren nach dem Krieg von den insgesamt 189 oberpfälzischen Landsassengütern nur noch 75 im Besitz ihrer früheren Familien.

Wer waren nun die neuen Besitzer, die über das nötige Geld verfügten, um sich ein verschuldetes Rittergut kaufen zu können? Es waren die "Kriegsgewinnler", nämlich hohe kaiserliche oder bayerische Offiziere, Heereslieferanten, bayerische Beamte und Hofbedienstete. Sie waren vielfach wegen ihrer Verdienste vom Kaiser geadelt worden und kauften sich nun, standesgemäß, ein freies, billiges Gut in der Oberpfalz, wie etwa der bayerische Kanzler von Donnersberg das konfiszierte Landsassengut Arnschwang.

Kurfürst Maximilian begünstigte zudem den sozialen Aufstieg der bürgerlichen Offiziere und Beamten, die freie Adelsgüter erwerben wollten, indem er 1631 den sog. "Abtrag" aufhob. Damit war die Zugehörigkeit zum Adelsstand als Vorausset-

zung für den Erwerb eines Landsassengutes nicht mehr notwendig. So konnte jeder, der über das nötige Geld verfügte, sei er Offizier, Beamter oder städtischer Bürger, sich ein Landsassengut kaufen. Die "Kriegsgewinnler" erwarben so einen "standesgemäßen" Wohnsitz, doch von ihren Kapitalien profitierte das ganze Land. Denn die über 100 neuen Gutsbesitzer stellten nach 1648 die neue Elite in der Oberpfalz dar und sie leisteten mit ihrem Geld die Hauptarbeit beim Wiederaufbau. Der neue Diplom-, Offiziers- und Beamtenadel übertraf an Wirtschafts- und Finanzkraft, aber auch an Macht und politischem Einfluß bei weitem die alten Landadelsfamilien, die geblieben und konvertiert waren. Der Landesherr aber wußte geschickt das Prestige, seine Neonobilitierten und das Wohl des Landes in Einklang zu bringen.

Der Freiburger Landeshistoriker Eberhard Gotheim hat schon 1886 auf die Entwicklung des Merkantilismus während des Großen Krieges hingewiesen, und Ingomar Bog zeigte auf, wie im Krieg die enge Verbindung von Staat und Wirtschaft entstand. Noch nachdrücklicher und nachhaltiger aber setzte sich der staatliche Einfluß bei den schwierigen Wiederaufbauarbeiten durch und führte von hier konsequent in den "Policey-, Wirtschafts- und Verwaltungsstaat" des Absolutismus.

Die Politik der größeren fränkischen Territorien, insbesondere der protestantischen, erstreckte sich zunächst auf die Peuplierung und dann auf den Versuch, einen Binnenmarkt aufzubauen und die Staatsfinanzen neu zu ordnen. Grundsätzlich sollte die alte Wirtschafts- und Sozialordnung wieder hergestellt werden. Zum Wiederaufbau wurden vom Staat materielle Hilfen und vereinzelt sogar Darlehen gegeben; es wurden Steuer-Freijahre gewährt und bei Verschuldung Moratorien; vielfach wurden auch Bauholz, Saatgut und Zugvieh kostenlos als Starthilfe gestellt. Dem Mangel an Arbeitskräften suchten die Territorien durch Gesindezwangsmaßnahmen und Lohntaxen für Arbeiter und Tagelöhner zu begegnen. Doch damit konnte die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessert werden. Selbst das fürstliche Bauamt in Ansbach konnte sich nicht an die landesherrlich verordneten Höchstlöhne halten, und vergeblich suchte man mit Gewalt die Handwerker im Lande zu halten. Dirigistische Maßnahmen blieben in dem territorial zersplitterten Franken ohne größere Effizienz.

Besonders hemmend wirkten sich der allgemeine Kapitalmangel aus und die hohe Verschuldung. Das Hochstift Bamberg war am Ende des Krieges um das mehr als Zehnfache seines Jahresetats verschuldet. Gleiches gilt für Rothenburg, das seine Beamten nicht mehr bezahlen konnte. Die Reichsstadt Nürnberg hatte 1650 Schulden in Höhe von 7,5 Mill. Gulden, die jedoch nach wenigen Jahren durch freiwillige Schuldenreduktionen der Bürger auf 3 Millionen gedrückt werden konnten, was zeigt, daß es noch immer große Vermögen in der Reichsstadt gab. Nürnberger Kaufleute, wie etwa der Seidenhändler Volckamer und der Kaufmann Vierer oder der Viehhändler Maulbeck, traten auch als Krediggeber großen Stils in Bamberg und in Rothenburg auf. Weitere Gläubiger waren ehemalige schwedische,

französische und kaiserliche Offiziere, voran der Generalfeldmarschall Graf Hatzfeld.

Auf dem flachen Lande waren es die Metzger, Bäcker und Gastwirte aus dem gleichen Dorf oder dem Nachbardorf, die Geld verleihen konnten, wie wir an dem Beispiel der Pfarrei Ützing sehen. In den katholischen Gebieten erscheinen in zunehmendem Maße auch wieder Juden als Kreditgeber.

Besonders eingehend läßt sich die obrigkeitlich gelenkte Wiederaufbauarbeit in der Rothenburger Landwehr belegen. Obwohl die Reichsstadt selbst schwer verschuldet war und ihre letzten Güter an Graf Hatzfeld hatte verkaufen müssen, gewährte sie den Bauern und Neusiedlern mehrere Jahre Freiheit von Steuern und Abgaben. Erst seit 1660 wurden wieder Steuern vom Lande eingezogen. Desgleichen wurde eine umfassende Schuldenreduktion auf ein Drittel oder gar ein Viertel durchgeführt. Wüste Höfe wurden sogar völlig schuldenfrei erklärt, um Neuansiedler anzulocken. Verschiedentlich trat der Rat sogar selbst als Investor in Erscheinung. So baute er für rund 1.200 fl das große Wirtshaus in Nordenberg auf, um die Fuhrleute an der Hauptverkehrsstraße zu versorgen, nachdem diese gedroht hatten, ansonsten eine andere Route befahren zu wollen. Allerdings erließ der Magistrat auch 1658 ein Mandat, in dem die Landwehr aufgefordert wurde, entweder umgehend alle "Brandblatten" aufzubauen oder zu verkaufen; bald danach zog der Rat alle öden Stellen und Felder an sich und vergab sie frei weiter. Nachdem also die ersten Kriegsschäden beseitigt waren, ergriff der Rothenburger Rat energisch die Initiative zum Wiederaufbau, dessen erklärtes Ziel eine möglichst große Zahl von Steuerzahlern im Landgebiet war. Daher reorganisierte der Rat die Flur und wachte darüber, daß keine Besitzarrondierungen vorgenommen und die alte Rentengrundherrschaft wieder hergestellt wurde. Der Rat praktizierte sogar eine Art von Bauernschutzpolitik, indem er Bauernlegen verhinderte und die Grundherren zu einer Reihe von Zugeständnissen während der Wiederaufbauarbeit zwang. So mußten auch die Grundherren lange Jahre auf Einnahmen verzichten, wie etwa das Hl.-Geist-Spital, das erst nach 12 Jahren wieder geringe Abgaben einfordern durfte.

Begleitet aber wurden die wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmaßnahmen während des Wiederaufbaus von massiven Eingriffen des Staates in das Gemeindeleben. Schon vor dem Krieg hatte der Rat gelegentlich in die innerdörflichen Angelegenheiten eingegriffen und die genossenschaftliche Autonomie beschränkt; doch nach 1648 sind die starke Zurückdrängung der dörflichen Selbstverwaltung und der Aufbau von mehr "Staatlichkeit" auf der untersten Ebene unverkennbar. Mit Hilfe der obrigkeitlichen "Polizey" wurde nun selbst in die Wirtschaftshoheit der Gemeinden eingegriffen, also in den Kernbereich der dörflichen Selbstverwaltung und Autonomie.

So wurde in den Dorfordnungen, die unmittelbar nach dem Krieg neu erlassen wurden, generell die Finanzhoheit der Gemeinden beseitigt. Die vom Rat eingesetzten "Herren Steuerer" verfügten nun über das Gemeindevermögen, bestimmten die

Einnahmen und Ausgaben des Dorfes. Weiterhin wurden die Kompetenzen des freigewählten Dorf- oder Bauernmeisters deutlich zurückgedrängt gegenüber den Befugnissen des vom Magistrat eingesetzten Schultheißen, der nun alle Aufgaben der "Policey" wahrnahm, wie etwa die Feuerschau oder die Kontrolle über Maß und Gewicht, und der aber auch regelte, wieviel Vieh im Dorf gehalten werden durfte. Vor allem aber unterstand nun dem obrigkeitlichen Schultheiß die Entscheidung darüber, wer neu in die Gemeinde aufgenommen werden sollte.

Eine Einrichtung aus der Kriegszeit wurde auch im Frieden einfach weitergeführt, nämlich die sog. "Landschultheißen", die als bewaffnete Reiter das Land durchstreiften. Sie sorgten nun für die öffentliche Sicherheit in den Dörfern und auf den Straßen und fanden vor allem jetzt Verwendung gegen Bettler, Juden, gartende Soldaten oder anderes "landfremde Gesindel".

Selbstverständlich war die stete Einschränkung der bäuerlichen Autonomie ein längerer Prozeß, doch wurde er rapid beschleunigt durch den Krieg und vor allem durch die anschließende Aufbauarbeit. Für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den schnellen wirtschaftlichen Aufstieg mußten die Bauern der Rothenburger Landwehr weitgehend auf ihre alten genossenschaftlichen Freiheiten verzichten, mußten sie den frühmodernen "Policey-, Wirtschafts- und Verwaltungsstaat" in Kauf nehmen.

In der Reichsstadt Rothenburg selbst konsolidierten Krieg und Wiederaufbau sogar die sog. "Vetternwirtschaft". Mit dem Argument, daß man auf die Erfordernisse der Zeit schnell reagieren müsse, wurde in Rothenburg der äußere Rat abgeschafft, der bislang den engeren Rat zu kontrollieren hatte. Die wenigen Herren-Familien im inneren Rat übernahmen nun uneingeschränkt das volle Stadtregiment.

Die Zerstörung auch von Kulturgütern und Kunstschätzen ist wohl Kennzeichen eines jeden Krieges. Hier machte der Große Krieg keine Ausnahme, ganz im Gegenteil. Der angebliche Religionsstreit gab beiden Parteien die fragwürdige Rechtfertigung, auch die kleinste Dorfkirche zu zerstören: die katholische Soldateska zerschlug die Kanzeln und Taufbecken, die protestantische die Sakramentshäuschen und Altäre. Jede Dorfchronik berichtet darüber. Allerdings kam es im Verlauf des Krieges auch zu Beschlagnahme von Kulturgut im großen Stil, und für Maximilian von Bayern wurden bestimmte Kunstwerke sogar zu einem Mittel der Politik. Für den großangelegten Kunstraub will ich nur auf die Verschleppung der Bibliotheca Palatina von Heidelberg hinweisen, die als "Mutter aller Bibliotheken in Deutschland" galt und ohne Zweifel die umfassendste Büchersammlung des deutschen Protestantismus war. Immerhin war eine Karawane von 50 Wagen notwendig, um die rund 4.000 Handschriften, 5.000 Wiegendrucke und unzähligen Bücher nach Rom zu schaffen. Umgekehrt hat Gustav Adolf die reiche Hofbibliothek samt Kunstsammlung in Würzburg beschlagnahmt und sie der Universität in Uppsala zum Geschenk gemacht, wo sie noch heute ist.

Für Maximilian von Bayern, den Führer der Liga, besaßen Werke von Albrecht Dürer einen besonders hohen Wert und er verstand es meisterhaft, die militärische Situation dazu auszunutzen, um in den Besitz von Dürer-Gemälden zu kommen. So beauftragte er Tilly, das von Dürer stammende Altarbild von Stendal in der Altmark nach München zu schaffen; falls die Gemeinde Widerstand leisten sollte, hätte diesen Wallenstein mit einem Machtwort zu brechen. Dem Reitergeneral von Pappenheim gab Maximilian den Befehl, sich "in der Markh Brandenburg, Nieder Saxen und der Orthen" um "alte, schöne und konstliche gemalte Altäre" umzusehen, aber "vornehmlich von des Dürers Handen". Um die Werke, die ihm am wertvollsten erschienen, kümmerte sich der Kurfürst selbst. Es waren die sog. "Vier Apostel", die Dürer dem Nürnberger Rat geschenkt hatte und die ohne Zweifel zu den hervorragendsten Werken Dürers zählen. Mitten im Krieg gab Maximilian dem Nürnberger Rat ungeschminkt zu verstehen, daß er diese "Vier Apostel" möchte und daß eine Verweigerung von großem Nachteil für die Reichsstadt sein werde. Um seiner Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, ließ er das Nürnberger Landgebiet durch die berüchtigten Schönburger Reiter verwüsten. So mußte der Rat die wertvollen Bilder herausgeben und bat dafür um "Verschonung mit ferneren Einlägern und Durchziehen des Tilyschen Volkes", was aber nur kurzzeitig gewährt wurde. Die Vier Apostel von Dürer aber sind noch heute ein Prunkstück in der Münchener Alten Pinakothek.

Wenn in der jüngeren englisch-sprachigen Literatur wieder einmal die schweren Verluste an Menschen und materiellen Gütern durch den 30jährigen Krieg als "bloßer Mythos" abgetan werden, dann kann ich dem für Franken nicht zustimmen. Die Folgen waren verheerend und haben nachhaltig und in vielen Bereichen die fränkische Geschichte beeinflußt und geprägt.

In einem "Leidgesang" aus dem Großen Krieg heißt es: "Eilt, daß ihr den Verstand zu Nutzen noch gebrauchet, Eh dann Europa ganz, das goldene Land verrauchet!" Nutzen auch wir unseren Verstand, um uns klar zu machen, was es bedeutet, im Frieden leben zu können, und welche hohe Verpflichtung es ist, den Frieden zu erhalten.

Literatur

- H . B a u e r: Die kulturlandschaftliche Entwicklung des alten Amtes Dettelbach seit dem 16. Jahrhundert (Mainfränkische Studien 17), 1977.
- I . B o g: Die bäuerliche Wirtschaft im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges (Schriften des Instituts für fränkische Landesforschung 4), 1952.
- R . E n d r e s: Der Dreißigjährige Krieg in Franken, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von M. Spindler, Bd. III/1, 2. Aufl. 1980.

- R . E n d r e s : Ländliche Rechtsquellen als sozialgeschichtliche Quelle, in: Deutsche ländliche Rechtsquellen, hrsg. von P. Blickle, 1977.
- R . E n d r e s : Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges in Franken, in: Wirtschaftsentwicklung und Umweltbeeinflussung 14. - 20. Jahrhundert, hrsg. von H. Kellenbenz (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 20), 1982.
- B . E r d m a n n s d ö r f e r : Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen 1648-1740, Bd. 1, 1892.
- R . E r g a n g : The Myth of the all-destructive Fury of the Thirty Years' War, 1956.
- G . F r a n z : Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk, 4. Aufl., 1979.
- G . F r e y t a g : Bilder aus der deutschen Vergangenheit, Bd. 4, 1873.
- E . G o t h e i n : Die oberrheinischen Lande vor und nach dem 30jährigen Krieg, in: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, NF 1, 1886.
- H . H e l l e r : Die Peuplierungspolitik der Reichsritterschaft als sozialgeographischer Faktor im Steigerwald (Erlanger Geographische Arbeiten 30), 1971.
- H . J ä g e r : Der Dreißigjährige Krieg und die deutsche Kulturlandschaft, in: Wege und Forschungen der Agrargeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Franz. 1967, S. 130-145.
- H . J ä g e r : Alte Kiefernbestände im fränkischen Laubholzgebiet, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 26, 1966.
- W . L e h n e r t : Die oberösterreichischen Exulanten im ehemalg Brandenburg-Ansbachischen Oberamt Stauf-Landeck. Versuch einer volkskundlich-historischen Eingliederungsforschung. 1962.
- H . v o n M a u c h e n h e i m g e n . B e c h t o l d s h e i m : Des Heiligen Römischen Reichs unmittelbar-freie Ritterschaft zu Franken - Ort Steigerwald im 17. und 18. Jahrhundert, 1972.
- O . M o r l i n g h a u s : Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Fürstbistums Bamberg im Zeitalter des Absolutismus, 1940.
- C . V . W e d g w o o d : The Thirty Years' War, 1967.
- E . W i r t h : Sozialstruktur und Wirtschaftsgeist ehemals reichsritterschaftlicher Orte in Steigerwald und Regnitzfurche als geographisches Problem, in: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 41, 1968, 1. S. 45-57.

